

Die Stadtverwaltung will Leistungen kürzen und Gebühren anheben, weil die Gewerbesteuer auf Talfahrt ist. Diese Politik auf dem Rücken der Einwohnerinnen und Einwohner muss nicht sein. Die Linksfraktion im Rat zeigt Alternativen auf ...

⋮ Seite 3

Energiewende: Die geplante Stromautobahn nach Süddeutschland ist überflüssig, obwohl Bundes- und Landespolitiker immer wieder das Gegenteil behaupten. Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker leisten Widerstand...

⋮ Seite 4

Fahrpreise für Busse und Bahnen steigen schon wieder ...

⋮ Seite 5

# Roter Faden

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
und DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Rat der Landeshauptstadt Hannover

## Liebe Leserin, lieber Leser,



in der Übergangszeit von der warmen in die kalte Jahreszeit ist es nicht immer einfach, die Balance zu wahren. Kurze, dunkle Tage, berufliche

Anforderungen, die

Vorbereitungen fürs Weihnachtsfest – das alles wird manchmal einfach zu viel. Da hilft vielleicht, an ein berühmtes Zen-Wort zu erinnern: „Es bleibt für euch nichts anderes mehr zu tun, als zu lachen“. Das bleibt einem oft auch nur in der Kommunalpolitik übrig; denn vieles könnte anders und besser laufen.

SPD und Grüne im hannoverschen Rat wollen etwa Leistungen kürzen und Ge-

bühren erhöhen, weil die Gewerbesteuer auf Talfahrt ist. Wir zeigen, dass das auch anders geht.

Bundes- und Landespolitiker von der CDU bis zu den Grünen reden der Bevölkerung ein, dass die geplante Stromautobahn nach Süddeutschland notwendig sei, um die Energiewende hinzubekommen. Bürgerinitiativen und Umweltverbände entlarven dieses Gerede als pure Propaganda. LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung machen Druck, um die Gleichstromtrasse zu verhindern.

SPD und Grüne in der Regionsversammlung haben wieder einmal die Fahrpreise für Busse und Bahnen erhöht. Sie machen das seit mehr als zehn Jahren und begründen das mit den immer gleichen Argumenten.

Die Schulpolitik und die geplante „Wasserstadt“ in Limmer schlagen seit geraumer Zeit hohe Wellen in der Landeshauptstadt. Wir haben uns bemüht, etwas Licht ins Informationsdickicht zu bringen.

Behalten Sie trotz der manchmal wenig erfreulichen Meldungen Ihr Lächeln. Wir wünschen Ihnen einen vergnüglichen Herbst und eine schöne Vor-Weihnachtszeit!

*Michael Fleischmann*

Ihr engagierter Regionsabgeordneter  
Michael Fleischmann  
und DIE LINKE Ratsfraktion

## Flüchtlingsproteste:

### Behörden müssen Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen auslegen



An vielen Stellen der Welt herrschen Krieg und Verfolgung, deshalb steigen die Asylbewerberzahlen in Hannover. Die Flüchtlinge auf dem Weißekreuzplatz in der Oststadt demonstrieren friedlich dafür, in Deutschland bleiben zu dürfen. Unterstützung erhalten sie von der Linksfraktion. Sie fordert die örtlichen Behörden auf,

ihren Ermessensspielraum bei der Bearbeitung von Asylanträgen zugunsten der Betroffenen auszulegen. „Angesichts des millionenfachen Flüchtlingseleids im Sudan und in Syrien sollte die Ausländerbehörde die restriktiven Asylgesetzgebung in Deutschland nicht auch noch verstärken“, sagt Gunda Pollok-Jabbi, migrationspolitische Sprecherin der linken Ratsfraktion. „Die Behörden müssen die oft schreckli-

chen Schicksale der Menschen angemessen berücksichtigen. Auf dem Amt muss der Mensch im Vordergrund stehen und nicht die Akte.“ DIE LINKE erwartet von der rot-grünen Koalition im Rat und dem zuständigen Dezernenten Marc Hansmann, dass sie ihren politischen Einfluss nutzen. „Es reicht nicht aus, wenn Politiker von SPD und Grünen zwar von Willkommenskultur reden, sich aber politisch nicht einmischen“, unterstreicht Pollok-Jabbi. „Die herrschende Politik vor Ort versucht offensichtlich, das Problem auszusetzen.“ Die linke Ratsfrau wünscht sich außerdem mehr Engagement von der niedersächsischen Integrationsbeauftragten Doris Schröder-Köpf (SPD). Sie sei bisher auf Tauchstation gegangen, anstatt sich deutlich wahrnehmbar für die Anerkennung der Asylanträge einzusetzen.

## Stadt will Leistungen kürzen und Gebühren erhöhen Gewerbesteuer auf Talfahrt

**„Wenn die Stadt eine moderne antizyklische Haushaltspolitik betreiben würde, gepaart mit dem Verzicht auf Prestigeinvestitionen, wären die Kürzungen und Gebührenerhöhungen nicht erforderlich“**



Helga Nowak ist Dipl. Volkswirtin und haushaltspolitische Sprecherin der LINKEN Ratsfraktion

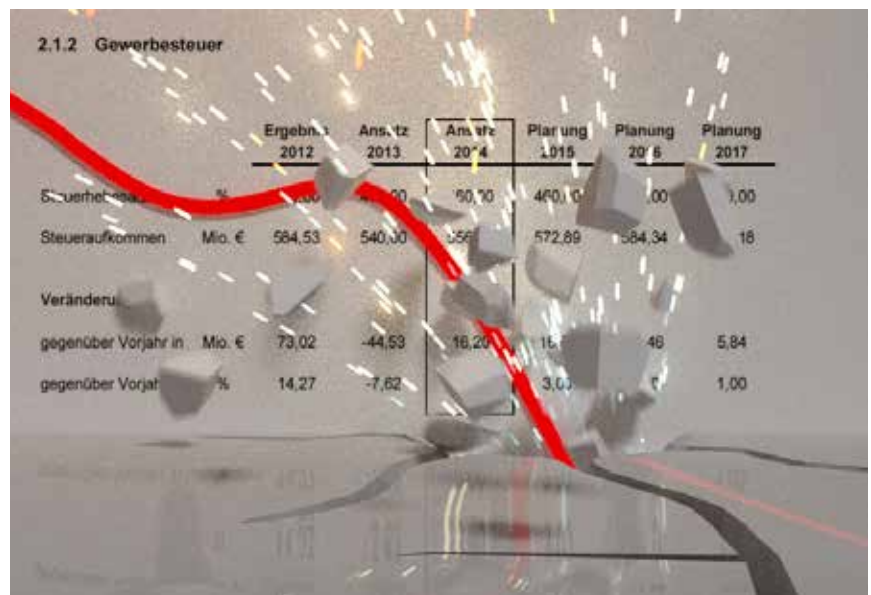
Die Gewerbesteuereinnahmen der Landeshauptstadt brechen ein: Allein für dieses Jahr rechnet Kämmerer Marc Hansmann (SPD) mit 100 Millionen Euro weniger. Deshalb setzt die Stadt den Rotstift an und dreht an der Gebührenschaube. Geplante Kürzungen, die bisher durchgesieckert sind, betreffen etwa Jugendprojekte. Verbände sorgen sich deshalb um Aktivitäten für sozial schwache Kinder. Sportvereine sollen mehr Geld für die Nutzung der städtischen Hallen zahlen. Steigen sollen die Gebühren in den Kindertagesstätten auch für Eltern mit geringerem Einkommen und die Eintrittspreise in den städtischen Bädern. Die Linksfraktion lehnt diese Politik auf dem Rücken der Hannoveranerin und Hannoveraner ab und zeigt Alternativen auf. „Wenn die Stadt eine moderne antizyklische Haushaltspolitik betreiben würde, gepaart mit dem Verzicht auf Pres-

tigeinvestitionen, wären die Kürzungen und Gebührenerhöhungen nicht erforderlich“, betont Diplomvolkswirtin Helga Nowak. Die Finanzpolitikerin der Linksfraktion fordert im Herbst eine Sondersitzung des Rates zum Thema. Dann will sie auch erfahren, warum die Gewerbesteuereinnahmen auf Talfahrt sind. Denn Gewinneinbrüche sind bei den großen hannoverschen Firmen wie Continental oder den Stadtwerken bisher nicht festzustellen.

### Linksfraktion zeigt Alternativen auf

Hinter dem Wortungetüm „antizyklische Haushaltspolitik“ verbirgt sich folgende Strategie: Die Einnahmen der Stadt in wirtschaftlich guten Zeiten erhöhen, um in wirtschaftlich schlechten Zeiten genügend Geld für notwendige Ausgaben zu haben. So forderte die Linksfraktion immer wieder, die Gewerbesteuer in Zeiten sprudelnder Unternehmensgewinne anzuheben. Au-

ßerdem sollen städtische Unternehmen, an denen die Stadt als Anteilseigner beteiligt ist, deutlich mehr Geld an die Stadtkasse abführen. Mit einer Bürgeranleihe könnte die Stadt 150 Millionen Euro einnehmen, um damit dringend benötigte Wohnungen mit langjähriger Mietpreisbindung zu bauen und städtische Gebäude energetisch zu sanieren. Gemeint sind eine bessere Wärmedämmung und der Einbau energiesparender neuer Heizkessel. Prestigeinvestitionen wie der Anbau beim Sprengel Museum und der Bau des Schlossmuseums in Herrenhausen sollten nach Auffassung der Linksfraktion unterbleiben. Das Mindeste sei eine straffe Ausgabenkontrolle, um Kostenexplosionen bei solchen Projekten in Zukunft zu vermeiden, fordert Nowak. In beiden Fällen muss die Stadt deutlich mehr berappen als ursprünglich geplant.



## Bürger bei Städtepartnerschaften beteiligen!

Die Linksfraktion hat im Rat beantragt, die Bürger bei der Auswahl von Städtepartnerschaften zu beteiligen. Die ganze Stadtgesellschaft muss sich nach Auffassung der LINKEN mit einer Städtepartnerschaft identifizieren können. „Diese müssen die Bürgerinnen und Bürger schließlich mit Leben erfüllen“, betont Fraktionschef Oliver Förste. Hintergrund ist ein umstrittener Beschluss von SPD und Grünen, zur türkischen Stadt Konya und zur kurdischen Stadt Diyarbakir Städtepartnerschaften

aufzubauen. Konya ist eine politische Hochburg des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, der seit geraumer Zeit Probleme mit der Demokratie hat. In Konya gewinnen bei Wahlen stets konservative oder fundamentalistische Parteien. Eine Delegation des hannoverschen Rates will sich deshalb auf Staatskosten vor Ort umsehen, wie es in Konya mit der Demokratie bestellt ist. Die Linksfraktion findet diesen Kontrollbesuch anmaßend und wird sich nicht daran beteiligen.

## Energiewende / Stromautobahn nach Süden nicht erforderlich



Diese bekannten Wechselstrommasten sind deutlich kleiner und niedriger als die geplante Stromautobahn.

**S**eit Monaten rennen Bürgerinitiativen im östlichen hannoverschen Umland Sturm gegen die Pläne, mit der SüdLink-Stromtrasse teuren Hochseewindstrom in den Süden der Republik zu transportieren. Es handelt sich um eine aufwendige Gleichstromtrasse mit über 70 Meter hohen Masten. Ohne diese Stromautobahn

sei die Energiewende nicht machbar, heißt es unisono von Bundes- und Landespolitikern fast aller Parteien. Bürgerinitiativen sehen das anders. Sie fordern nicht nur, die geplante Starkstromleitung unter die Erde zu verlegen. Nicht wenige Initiativen wie der Umweltschutzverein in Isernhagen verlangen auch, die Stromautobahn generell zu stoppen und stattdessen auf eine regionalisierte Stromversorgung zu setzen. Das sei wegen der Fortschritte bei der Stromspeicher-Technologie möglich. Gemeint ist der Ausbau der erneuerbaren Energieträger vor Ort, vor allem in Süddeutschland, um so auch vom Preisdiktat der Stromkonzerne unabhängig zu werden.

### Bürgermeister wehren sich

Für dieses Ziel kämpfen auch Bürgerinitiativen in anderen Bundesländern und bekommen dafür zum Teil Unterstützung von Kommunalpolitikern. Bürgermeister aus dem östlichen und südlichen Raum Kassel etwa haben sich zu einer besonderen Aktion entschlossen. In einer an die Landes- und Bundespolitik gerichteten Erklärung lehnen die Bürgermeister

die geplante Stromautobahn aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes und der Umwelt ab. Viele dezentrale Quellen der Energieerzeugung könnten ein solches Megaprojekt überflüssig machen, argumentieren die Bürgermeister. Sie fordern in ihrer Erklärung die schwarz-grüne hessische Landesregierung und die Bundesregierung auf, alternative Lösungen zu suchen und für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen.

### Antrag in die Regionsversammlung

LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung finden die Erklärung der Bürgermeister vielversprechend. Die Gruppe will deshalb einen entsprechenden Antrag in die Regionsversammlung einbringen, damit es eine solche Erklärung auch von Kommunalpolitikern aus der Region Hannover gibt. Gruppenvorsitzender Michael Fleischmann, der auch Ratsherr in Burgdorf ist, wird den Antrag auch in den Burgdorfer Rat einbringen. „Es ist nicht einzusehen, dass private Unternehmen solche Projekte planen und die Gewinne einstreichen, während die Allgemeinheit die negativen Konsequenzen einer monströsen Stromtrasse ausbaden soll“, kritisiert Fleischmann. Er hofft, dass der Antrag Erfolg hat.

## „Wasserstadt Limmer“ braucht eine Gesamtschule



Im vorliegenden Entwurf der Wasserstadt ist die Form der Schule schon gefunden. Nur über die Funktion muss noch gestritten werden. Grafik: Eigene Darstellung

**D**ie Linksfraktion will erreichen, dass die Schule in der geplanten „Wasserstadt“ in Limmer eine Integrierte Gesamtschule (IGS) wird. Zur IGS soll eine Primarstufe, sprich das erste bis vierte Schuljahr für die Kleinen gehören. „Eine IGS mit Primarstufe ermöglicht den Kindern, an einer Schule heimisch zu werden und dort jeden Schulabschluss zu erreichen, der ihnen durch individuelle Förderung möglich ist“, heißt es zur Begründung im Ratsantrag der Linksfraktion. SPD und Grüne wollen dagegen ein Gymnasium bauen und berufen sich dabei auf einen vermeintlichen Elternwillen. Die Realität sieht anders aus. Eltern,

die ihr Kind an einer IGS anmelden wollen, landen teilweise immer noch auf Wartelisten. „Solange Eltern für ihr Kind nicht die gewünschte Schulform wählen können, geht die Planung der Stadt in die falsche Richtung“, kritisierte Gunda Pollok-Jabbi, Schulpolitikerin der Linksfraktion, im Rat.

Für DIE LINKE sprechen auch andere Gründe für eine IGS. „In kaum einem anderen Industrieland entscheidet die Herkunft so sehr über den Schulerfolg und die Bildungschancen wie in Deutschland“, stellt sogar das Bundesbildungsministerium fest. Gesamtschulen können diese herkunftsbedingten Benachteiligungen am besten angehen, unter denen vor allem Kinder aus Nicht-Akademiker- und Einwanderer-Familien zu leiden haben.

## SPD und Grüne beschließen höhere Fahrpreise



Die rot-grüne Mehrheit in der Regionsversammlung hat beschlossen, die Fahrpreise für Busse und Bahnen zum Jahreswechsel um durchschnittlich drei Prozent anzuheben. Unangetastet bleiben nur das Kurzstrecken- und Kinderticket sowie die Preise für Sozial- und Sammel-fahrscheine. Einzelfahrscheine werden ab 1. Januar je nach Zone zwischen 10 und 20 Cent teurer, Tagestickets um 20 oder 30 Cent. Monatskarten kosten bis zu 3,70 Euro mehr. Gründe für die Preisanhebung sollen steigende Personal- und Energiekosten der Verkehrsunternehmen RegioBus und üstra sein. Mit diesen Argumenten heben SPD und Grüne die Tarife für die Öffis in der Region Hannover seit mehr als zehn Jahren kontinuierlich an – meist um zwei Prozentpunkte über der Inflationsrate. „So sind über die Jahre exorbitante Preisstei-

gerungen zusammengekommen, die in überhaupt keinem Verhältnis mehr zur Lohn- und Einkommensentwicklung der Bevölkerung stehen“, kritisierte Michael Fleischmann, Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN, im Verkehrsausschuss der Region. Er erinnerte daran, dass Arbeitnehmer im vergangenen Jahr weniger Geld im Portemonnaie hatten als zur Jahrtausendwende. Fleischmann bezog sich dabei auf Zahlen des WSI-Tarifarchivs der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Als Gründe nennt das Institut etwa den wachsenden Niedriglohnsektor, die Zunahme von Teilzeit- und Minijobs und die Flucht von immer mehr Unternehmen aus der Tarifbindung. „Immer mehr Menschen haben deshalb Probleme, die hohen Fahrpreise zu bezahlen“, schrieb Michael Fleischmann der rot-grünen Mehrheit ins Stammbuch.

### Sozialticket teurer als Jobticket

Wie in den vergangenen Jahren werden Einzeltickets überproportional teurer. Das geht vor allem zu Lasten von Neu- und Gelegenheitskunden. „Das macht es schwer,

Gelegenheitsfahrer und Neukunden als regelmäßige Kunden zu gewinnen“, mahnte Fleischmann. Er kritisierte auch, dass die MobilCard S, das Sozialticket als Monatsfahrkarte, immer noch deutlich teurer ist als das Jobticket für die Regionsbeschäftigten und verlangte eine umgehende Preissenkung auf einheitlich 24 Euro. Dies ist der Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität, der Arbeitslosen monatlich zur Verfügung steht. Bisher müssen Arbeitslose je nach Tarifzone zwischen 34,10 Euro und 59,40 Euro berappen. Die Regionsbeschäftigten zahlen fürs Jobticket derzeit zwischen 29 Euro und 49,40 Euro.



## Schulzentrum Ahlem: dauerhafte Sanierung statt Abriss



**„Seit vielen Jahren schon engagiert sich DIE LINKE im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt gegen die Schließung des Schulzentrums in Ahlem. Wir fordern, dass die Stadt den Elternwillen umsetzt – und das heißt für uns: Erhalt des Schulzentrums nicht als Gymnasium, sondern als Integrierte Gesamtschule.“**

Siegfried Seidel  
Stadtbezirksratsherr  
Ahlem-Davenstedt-  
Badenstedt



Um das leerstehende Schulzentrum in Ahlem eventuell auf Dauer weiternutzen zu können, hat die Linksfraktion ein Wirtschaftlichkeitsgutachten beantragt. Damit soll die Stadtverwaltung prüfen, inwieweit es sinnvoll ist, die marode Gebäudesubstanz aus den 1970er Jahren

dauerhaft zu sanieren und bei Bedarf zu erweitern. Die Stadtverwaltung will dagegen das Gebäude abreißen und auf dem Gelände der geplanten „Wasserstadt“ Limmer neu errichten lassen, um es dort als Gymnasium zu betreiben. Bis dahin soll das Schulzentrum in Ahlem nach den Vorstellungen von Verwaltung und SPD für eine Übergangszeit saniert und bis zu seinem Abriss als Gymnasium genutzt werden. Das kritisiert die Linksfraktion. Sie befürchtet eine Verschwendung von Steuergeldern für die zeitlich befristete Instandsetzung des Gebäudes. Diese Bedenken teilen wohl auch die übrigen Oppositionsparteien im Rat. Sie stimmten geschlossen für den linken Antrag.

Das kritisiert die Linksfraktion. Sie befürchtet eine Verschwendung von Steuergeldern für die zeitlich befristete Instandsetzung des Gebäudes. Diese Bedenken teilen wohl auch die übrigen Oppositionsparteien im Rat. Sie stimmten geschlossen für den linken Antrag.

## Laatzen soll Zeichen gegen drohende Freihandelsabkommen setzen



Mehrere Freihandelsabkommen werden derzeit auf internationaler Ebene hinter verschlossenen Türen verhandelt. Trotz der Geheimniskrämerei gelangten wichtige Details an die Öffentlichkeit. Danach bedrohen die Freihandelsabkommen soziale und Umweltstandards, die als „Handelshemmnisse“ gelten. Auch die kommunale Daseinsvorsorge ist betroffen. Kommt etwa das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA zustande, wird der Druck auf Städte und Gemeinden dramatisch stei-

gen, ihre Unternehmen wie Stadtwerke, Krankenhäuser oder die Wasserversorgung zu privatisieren. Im multinationalen Dienstleistungsabkommen TiSA soll festgeschrieben werden, dass einmal privatisierte Unternehmen nicht mehr in kommunales Eigentum zurückgeführt werden dürfen. Grund genug für die Gruppe LINKE & PIRATEN im Laatzen Stadtrat, sich einzumischen. In einem Antrag wird die Stadt aufgefordert, sich beim Niedersächsischen Städtetag dafür einzusetzen, dass sich dieser kritisch zu den Freihandelsabkommen positioniert. LINKE & PIRATEN verweisen auf den Bayrischen Städtetag, der das schon gemacht hat. Der Niedersächsische Städtetag ist ein kommunaler Spitzenverband, dem 128 niedersächsische Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und die Region Hannover angehören.

## Endhaltestellen Stadtbahn: mit Radkäfigen gegen Diebstahl



Selbst in Burgdorf-Ehlershausen an der Regionsgrenze zu Celle steht am Bahnhof ein diebstahlsicherer Radkäfig.

An den Endhaltestellen der Stadtbahn fehlen bisher sichere Abstellanlagen für Fahrräder. Immer wieder kommt es deshalb zu Diebstählen. Angeschmiert sind die Fahrgäste der üstra, die sich umweltgerecht verhalten und die Haltestelle mit dem Rad ansteuern. Das muss nicht sein. Im hannoverschen Umland sind Radabstellanlagen an den Haltepunkten der S-Bahn mittlerweile oft mit diebstahlsicheren abschließbaren Käfigen umgeben. Die Linksfraktion im Rat fordert diese Käfige nun auch im hannoverschen Stadtgebiet. Damit das klappt, muss die Landeshauptstadt die Unter-

haltungskosten für die Radkäfige bezahlen. Bisher weigert sich die Stadt im Gegensatz zu den Umlandkommunen, das zu tun. Die Kosten für die Aufstellung der Käfige trägt die Region. „Es ist überhaupt nicht einsehbar, dass die Stadt hier nicht ihrer Verantwortung nachkommt“, kritisiert LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste und gibt zu bedenken: „Wer sein Rad sicher am Endpunkt der Stadtbahn abstellen kann, ist im Zweifel auch ein zusätzlicher Fahrgast für die üstra“. In einem Ratsantrag der Linksfraktion wird gefordert, dass die Stadt die Unterhaltungskosten übernimmt.

## „Y-Verkehr“ nervt Fahrgäste

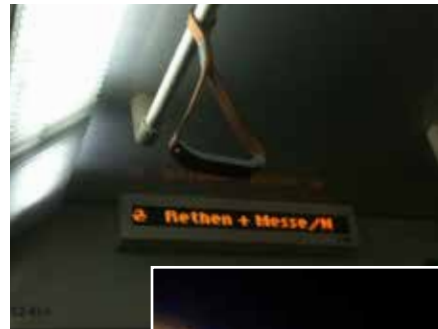


The point of no return

Auf den Stadtbahnlinien 2 und 8 werden die Bahnen ab 21 Uhr und sonntags ganztägig geteilt und fahren in verschiedene Richtungen weiter: Der vordere Wagen fährt nach Rethen, der hintere zum Endpunkt Messe-Nord. Diese sogenannte Y-Linie, zu erkennen an einer durchgestrichenen Ziffer 2, sucht man im Liniennetzplan der üstra vergebens. Im Winter wird es noch komplizierter, weil der Wagenzug bei Frost nicht auseinandergelockert wird, sondern ungeteilt nach Rethen (Linie 2) oder Messe/Nord (Linie 8) weiterfährt. Der „Y-Verkehr“ entfällt zudem bei bestimmten Veranstaltungen auf dem Messegelände.

### „Ich hasse die üstra“

All das erzeugt große Verwirrung und Ärger bei den Fahrgästen, weil viele am falschen Ziel ankommen. Aussagen von Betroffenen wie „Ich hasse die üstra“ sind durchaus üblich. Von vermeidbaren Falschfahrten besonders betroffen sind Gelegenheitsfahrer, Blinde und Sehbehinderte. Kritik am „Y-Verkehr“ kommt entsprechend vom Regionalverein des Landesblinden- und Landesehbehinderten-Verbandes und von der hannoverschen Verkehrs AG der Körperbehindertenverbände.



Befürworter des „Y-Verkehrs“ verweisen auf Zugteilungen beim ICE, die dort problemlos ablaufen. „Dieser Vergleich hinkt, weil im ICE viel Personal mitfährt“, betont Michael Fleischmann, Vorsitzender der Gruppe LINKE & PIRATEN in der Regionsversammlung. „Das Personal informiert die Fahrgäste rechtzeitig und individuell und begleitet sie bei Bedarf in den richtigen Zugteil.“

Im Verkehrsausschuss der Region ist zudem herausgekommen, dass der „Y-Verkehr“ rote Zahlen schreibt und selbst die üstra nichts vom Zugteilen hält, „aus betrieblichen Gründen“, wie es heißt. Um den ungeliebten „Y-Verkehr“ aufs Abstellgleis zu schieben, haben LINKE & PIRATEN beantragt, diesen abzuschaffen, ohne dass die Bahnen weniger fahren.

Der „Y-Verkehr“ auf den Stadtbahnlinien 2 und 8 ist auf den Anzeigentafeln nur an einer durchgestrichenen Ziffer 2 zu erkennen.

## Impressum

### Herausgeberinnen:

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover**  
Leinstr. 16, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76  
www.linksfraktion-hannover.de, Email: heidrun.tannenberg@hannover-rat.de

**DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover**  
Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover, Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63  
www.dielinke-regionsfraktion.de, Email: kontakt@die-linke-regionsfraktion.de

### Redaktion:

Michael Fleischmann  
V.i.S.d.P.: Oliver Förste  
Satz: Markus Hintze

## Streit um geplante „Wasserstadt Limmer“ verzögert Baubeginn

### Kommentar

#### „Butter bei die Fische“



Viele Jahre hatte es gedauert, gemeinsam mit der Sanierungskommission Limmer eine bürger-nahe Planung für die so genannte Wasserstadt Limmer auf die Beine zu stellen. 650 Wohnungen sollten danach auf dem ehemaligen Conti-Gelände entstehen. Dann fiel es der Stadtverwaltung angesichts der zunehmenden Wohnungsnot ein, die Zahl der Wohnungen dort auf 2.200 zu erhöhen und legte ein völlig neues Konzept dafür vor. Womöglich keine schlechte Idee, aber jetzt fühlen sich die Anwohnerinnen und Anwohner, die Sanierungskommission und die Bezirkspolitiker vor Ort zu Recht nicht mehr ernst genommen. Also stellte die Stadt die Planungen wieder auf Null - und alles wird noch einmal neu diskutiert.

Es ist richtig, die Interessen der Menschen vor Ort einzubeziehen. Aber angesichts der weiter steigenden Mieten können wir nicht endlos weiter diskutieren. Es muss endlich „Butter bei die Fische“ geben, damit dort so bald wie möglich gebaut werden kann und neue Mitbürger dort einziehen! Wichtig für den neu entstehenden Stadtteil ist dabei eine vernünftige soziale Mischung, auch deshalb unsere Forderung, 25 Prozent der Wohnungen einer sozialen Bindung zu unterwerfen. Auf der anderen Seite könnten in den oberen Stockwerken mit Blick in Richtung Herrenhäuser Gärten durchaus auch wohlhabendere Menschen einziehen. Unabhängig davon, wie viele Wohnungen nun gebaut werden: Der neue Stadtteil braucht eine vernünftige Infrastruktur mit Supermarkt, KiTa, Nachbarschaftstreff, einen eigenen Stadtbahnanschluss sowie eine neu zu bauende Gesamtschule um die Ecke. Denn ein sozial gemischtes Viertel verlangt nach einer Gesamtschule und nicht nach einem Gymnasium für eine vermeintliche Elite.

Oliver Förste,  
Vorsitzender der Linksfraktion



sigen Wohnhäuser ab und fürchtet, dass eine „hochverdichtete Trabantenstadt“ entsteht. Andere Anwohner haben Angst, dass die Infrastruktur in Limmer nicht ausgerichtet ist auf eine so große Menge von Neubürgern. Die

Nach jahrelangen Vorplanungen der Stadt und ihrer Gremien gammelt die Brache auf dem ehemaligen Conti-Gelände in Limmer zurzeit vor sich hin, als sei der Druck auf den Wohnungsmarkt mit immer weiter steigenden Mieten gar nicht vorhanden. Hintergrund: Nach Protesten aus dem Stadtteil gegen eine ganz neue Planung der Verwaltung mit drei Mal so viel Wohnungen wie bisher vorgesehen, soll jetzt alles noch einmal diskutiert werden. Die Parteien im Bezirksrat Linden-Limmer machten deutlich, dass sie eine dichtere Bebauung der Wasserstadt für angebracht halten, finden aber die Zahl von über 2.000 neuen Wohnungen zu hoch. Die Bürgerinitiative „Wasserstadt Limmer“ lehnt die achtgeschos-

Wunstorfer Straße etwa könne die Last von mehreren Tausend Fahrzeugen zu den Hauptverkehrszeiten nicht aufnehmen, heißt es. Aufgeschreckt durch die Proteste will sich die rot-grüne Mehrheit im Rathaus nach jüngsten Berichten nicht mehr auf eine Zahl von Wohnungen festlegen. Zunächst wollen beide Parteien die Bürger nach ihren Wünschen befragen und ein Verkehrsgutachten abwarten. Der Antrag der Linksfraktion, dort mindestens 25 Prozent Sozialwohnungen zu bauen, damit sich auch Menschen mit wenig Geld eine Wohnung in der Wasserstadt leisten können, betrachtet Rot-Grün dagegen mit Skepsis.

